

Ernesto Garzón Valdés

Die Beziehungen zwischen Deutschland und Hispanoamerika im Bereich der Sozialwissenschaften und der Philosophie

1. Einleitung

Um den Lesern die Einordnung der nachfolgenden Überlegungen zu erleichtern, möchte ich zwei persönliche Informationen voranstellen. Die erste betrifft meine Eigenschaft als argentinisch-deutscher Universitätsprofessor. Die fünfzig Jahre Lehre und Forschung, die hinter mir liegen, habe ich praktisch genau zur Hälfte in Argentinien und der spanischsprachigen Welt einerseits und in Deutschland andererseits verbracht – je 25 Jahre hier und dort. Zum zweiten ist vielleicht erwähnenswert, dass ich aus beruflichen Gründen seit Mitte des letzten Jahrhunderts immer wieder an Projekten mitgewirkt habe, die – mehr oder weniger erfolgreich – der Förderung internationaler Kulturbeziehungen dienten. Diese biografischen Umstände erlauben es mir, über das vorliegende Thema Überlegungen anzustellen, die frei von patriotischem Pathos sind und die unterschiedlichen Interessen der verschiedenen beteiligten Akteure berücksichtigen, und darüber gewissermaßen als Insider zu sprechen.

Aufgrund meiner eigenen fachlichen Spezialisierung kann ich im Folgenden nur auf die Kulturbeziehungen im Bereich der Sozialwissenschaften (im weitesten Sinne) und der Philosophie eingehen, werde also die großen Bereiche der Kunst, der Literatur und der Naturwissenschaften weitestgehend außer acht lassen müssen. Im Übrigen werde ich mich überwiegend auf Lateinamerika konzentrieren und spanische Beispiele nur am Rande erwähnen.

Schon bei einer ersten Annäherung an das Thema der deutsch-lateinamerikanischen Beziehungen im Bereich der Sozialwissenschaften und der philosophischen Reflexion fallen zumindest vier Merkmale ins Auge:

(1) Eine unverkennbare doppelte Asymmetrie: Einerseits war und ist in Deutschland das Interesse an philosophischen und sozialwissenschaftlichen Entwicklungen in Hispanoamerika sehr gering, während umgekehrt das hispanoamerikanische Interesse für die Philosophie und die Sozialwissenschaften in Deutschland eine lange Tradition hat. Und andererseits gibt es nur sehr wenige lateinamerikanische oder spanische Untersuchungen zu konkreten Aspekten der deutschen Gegenwart oder Vergangenheit, während deutsche Wissenschaftler sich sehr wohl mit konkreten Problemen der sozialen, politischen, wirtschaftlichen und sogar ideologischen Gegebenheiten Spaniens und Lateinamerikas in Vergangenheit¹ und Gegenwart befassen.

Schon an dieser Stelle möchte ich auf eine wichtige begriffliche Unterscheidung hinweisen: nämlich die Unterscheidung zwischen dem *Interesse*, das man an einem bestimmten Forschungsgebiet haben mag, und dem *Einfluss*, den das Wissen über fremde Ideen und Vorstellungen auf die eigenen ausüben kann. Wenn ein solcher Einfluss vorhanden ist, steht er zwar in vielen Fällen vermutlich in einer kausalen Beziehung zu einem ursprünglich vorhandenen Interesse; aber nicht immer führt Interesse auch zu Einfluss. Diese Beziehung zwischen Interesse und Einfluss spielt eine wesentliche Rolle für die Konzeption jeder Kulturpolitik – oder sollte sie jedenfalls spielen. Ich werde darauf weiter unten zurückkommen. Was ich hier betonen möchte ist, dass im Falle Lateinamerikas (und ich denke, dasselbe gilt auch für den Fall Spaniens) nicht nur von Interesse für das deutsche geistige Schaffen in den Sozialwissenschaften und der Philosophie die Rede sein kann, sondern dass letzteres auch einen erheblichen Einfluss auf das hispanoamerikanische Denken ausgeübt hat. Umgekehrt dagegen war im deutschen Fall das punktuelle Interesse zumindest an Lateinamerika zwar oft größer, aber der dadurch stimulierte Einfluss war – abgesehen von einigen wenigen Teilbereichen in der Rechtsphilosophie, der Theologie und der Theorie der internationalen Wirtschaftsentwicklung – vernachlässigbar klein.

¹ Es sei daran erinnert, dass der erste Historiker am Río de la Plata ein Deutscher war: Ulrich Schmidl.

(2) Diese doppelte Asymmetrie von Interesse und Einfluss steht in deutlichem Kontrast zu der Ausgewogenheit, die auf anderen Gebieten intellektueller Aktivität, wie etwa im Bereich der Literatur, festzustellen ist. Über lateinamerikanische Schriftsteller weiß man in Deutschland ziemlich gut Bescheid, und man kann wohl ohne Übertreibung sagen, dass es diesbezüglich sogar einen fruchtbaren Austausch von Ideen und Kenntnissen gibt.

(3) Nach dem Zweiten Weltkrieg wurde die traditionelle Vorherrschaft der deutschen Philosophie zunehmend zurückgedrängt durch die immer stärkere Rezeption angloamerikanischer Autoren.

(4) Was die Förderung der kulturellen Beziehungen in den genannten Bereichen angeht, ist auf zwei in gewissem Sinne gegenläufige Tendenzen hinzuweisen: Einerseits gibt es ein deutliches Interesse an der Intensivierung der kulturellen Kontakte, andererseits aber auch ein gewisses Fehlen von Kontinuität bei manch begonnenem Projekt und gelegentlich sogar eine unübersehbare Hilflosigkeit bei der Auswahl der jeweiligen Adressaten. Die Kombination dieser beiden Tendenzen führt leicht zur rhetorischen Überbewertung des „Kulturellen“ bei gleichzeitiger Wirkungslosigkeit der aufgewendeten Mühen.

Ich möchte im Folgenden etwas näher auf jeden dieser vier Punkte eingehen und dabei zugleich auch einige Überlegungen zur möglichen zukünftigen Entwicklung der Beziehungen in den hier angesprochenen Bereichen anstellen.

2. Eine doppelte Asymmetrie

Im Bereich der Sozialwissenschaften und der Philosophie gibt es wohl kaum einen in Lateinamerika (oder auch in Spanien) geschriebenen Beitrag, der nicht den Einfluss irgendeines zeitgenössischen deutschen Autors spüren ließe. Man denke hier nur an Namen wie Jürgen Habermas, Niklas Luhmann, Ernst Tugendhat, Herbert Marcuse oder Theodor W. Adorno. Selbst ein Werk wie das des Argentiniers Enrique Dussel zur so genannten „Befreiungsethik“, das den Anspruch erhebt, authentischer Ausdruck eines genuin lateinamerikanischen Denkens zu sein, enthält in seiner jüngsten Auflage (Dussel 1998) eine gigantische

Namensliste von 503 Autoren, von denen jedoch lediglich 46 spanischsprachig sind. Und von diesen werden die allermeisten nur ein einziges Mal genannt. Jürgen Habermas dagegen ist 72 Mal erwähnt. Umgekehrt dagegen ist mir kein Werk von Habermas bekannt, in dem Dussel oder irgendein anderer lateinamerikanischer Autor Erwähnung fände. Ähnliches gilt auch für Niklas Luhmann, sieht man einmal von seiner Rezeption einiger Ideen von Humberto Maturana ab. Selbst Autoren wie José Ortega y Gasset, Xavier Zubiri oder Francisco Miró Quesada, die in der hispanoamerikanischen Welt so große Bedeutung besitzen, sind bei ihren deutschen Kollegen nicht auf größeres Interesse gestoßen. Mit dem lateinamerikanischen philosophischen Denken haben sich in Deutschland eher noch Politologen beschäftigt, die vor allem daran interessiert waren, den ideologischen Grundlagen der politischen Regime des Subkontinents nachzugehen. Das gilt etwa für Nikolaus Werz, heute Professor für Politikwissenschaft an der Universität Rostock, der 1991 eine umfangreiche Monografie über das zeitgenössische Denken in Lateinamerika vorgelegt hat (Wertz 1991). Weitere Beispiele ließen sich anführen, aber schon diese wenigen genannten genügen, um zu illustrieren, dass man jedenfalls für die Philosophie zwar vielleicht von einem (außerphilosophischen) sektoralen *Interesse* sprechen kann, nicht aber von einem nennenswerten *Einfluss* des lateinamerikanischen Denkens auf das deutsche.

Nicht viel anders sieht dies in den Sozialwissenschaften aus. Für einen sozialwissenschaftlich so wichtigen Bereich, wie den der Rechtsdogmatik beispielsweise, gilt, dass fast alle Mitglieder der kleinen Gruppe deutscher Juristen, die sich mit der Entwicklung der Rechtswissenschaft in Lateinamerika auskennen, betonen, dass das Wissen über die Rechtssysteme und juristischen Institutionen Lateinamerikas in Deutschland eindeutig unbefriedigend ist. Zwei Beispiele mögen dies belegen. Bei Dietrich Nelle (1988: 35) heißt es:

Zu der stark gewachsenen politischen und wirtschaftlichen Bedeutung Lateinamerikas [...] steht die vergleichsweise geringe Beachtung, die das lateinamerikanische Recht bisher in Deutschland gefunden hat, in einem deutlichen Widerspruch: Abgesehen von bestimmten Kontakten mit Brasilien fehlt es weitgehend an einem regelmäßigen, intensiven rechtswissenschaftlichen Austausch. Entsprechend knapp ist auch die in Deutschland bisher über lateinamerikanisches Recht erschienene Literatur.

Und ähnlich äußerte sich auch Hans-Rudolf Horn (1989: 128):

Der Beitrag Lateinamerikas zur Verbesserung des Verfahrens des Grundrechtsschutzes wird von der verfassungsvergleichenden Forschung erst ganz allmählich zur Kenntnis genommen. Juristen folgen nur langsam den Vertretern der Politik- und Literaturwissenschaft, die schon vor einiger Zeit ihre Liebe zu diesem Halbkontinent entdeckt haben.

Das spiegelt sich auch in der Sekundärliteratur wider, die deutsche Juristen benutzen, wenn sie sich mit lateinamerikanischem positivem Recht befassen: Deutsche Autoren fehlen hier fast ganz – im Unterschied zu angelsächsischen Autoren, die recht zahlreich vertreten sind. Dazu wieder einige Beispiele, die jeweils zehn Jahre auseinander liegen:

In Hans Christoph von Rohrs Monografie zum Amparo-Prozess in Argentinien (1969) taucht unter 132 genannten Autoren nur ein einziger deutschsprachiger – H. Krotoschin – auf, der sich mit dem Thema befasst hat. In Jürgen Samtlebens hervorragendem Buch zum lateinamerikanischen internationalen Privatrecht (1979) kommen von 382 in der Bibliografie genannten Autoren nur 52 aus dem deutschen Sprachraum, von denen aber nur neun (darunter Samtleben selbst) mit Arbeiten zum lateinamerikanischen Recht zitiert sind. Und in Dietrich Nelles Untersuchung zum Kodifizierungswerk von Andrés Bello (1988) sind von 301 genannten Autoren zwar 96 deutschsprachig, aber nur vier davon haben zum lateinamerikanischen Recht gearbeitet.²

² Betrachtet man deutschsprachige Periodika, die sich dem internationalen Privatrecht widmen, wie etwa *Rabels Zeitschrift für ausländisches und internationales Privatrecht*, sieht es kaum anders aus: Von den 18 Aufsätzen, die 1980 publiziert wurden, behandelten fünf (28%) allgemeine Themen, fünf (28%) Europa, drei (17%) die Vereinigten Staaten und Kanada, je zwei (11%) Australien/Neuseeland bzw. Asien und nur einer (6%) Lateinamerika. Zehn Jahre später, im Jahr 1990, waren von 16 Aufsätzen acht (50%) Europa gewidmet, fünf (32%) allgemeinen Themen, je einer (6%) Asien, Afrika und Australien/Neuseeland; zu Lateinamerika gab es keinen einzigen Beitrag. In der Zeitschrift *Recht der Internationalen Wirtschaft* waren 1980 zu verzeichnen: von 120 Aufsätzen 60 (50%) zu Europa, 37 (31%) zu allgemeinen Themen, 14 (12%) zu USA und Kanada, sechs (5%) zu Afrika und nur drei (weniger als 3%) zu Lateinamerika; und 1990: von 146 Aufsätzen

Im August 1991 veröffentlichten Helen Ahrens (damals wissenschaftliche Assistentin am Max-Planck-Institut für Ausländisches und Internationales Privatrecht in Hamburg) und Andrea Tiedemann (Rechtsanwältin aus Frankfurt a. M.) eine *Bibliografie zum argentinischen Recht*, die Urteile und Schriften zum nationalen und internationalen argentinischen Recht unter „besonderer Berücksichtigung der deutsch-argentinischen Rechtsbeziehungen“ enthält. Auch hier ist der beschriebene Trend sichtbar: Von 24 Einträgen zum Verfassungs- und Verwaltungsrecht etwa, die in den vergangenen 22 Jahren veröffentlicht wurden, stammen zwar 17 von deutschsprachigen Autoren, aber vier von ihnen behandeln Themen, die mehr zur Politik- bzw. Wirtschaftswissenschaft zu rechnen sind als zur Rechtswissenschaft.

Angesichts all dieser statistischen Daten scheint die Behauptung nicht sehr gewagt, dass die Arbeit deutscher Juristen zum lateinamerikanischen Recht Pioniercharakter hat: Jeder dieser Autoren bewegt sich auf einem von der deutschen Rechtswissenschaft bis dahin nicht beachteten Feld.

Zudem ist aber auch die Beziehung zwischen deutschen und lateinamerikanischen Rechtswissenschaftlern asymmetrisch: Während so gut wie jeder lateinamerikanische Jurastudent zumindest Namen deutscher Zivilrechtler, Strafrechtler und Rechtsphilosophen kennt, ist dies umgekehrt nicht der Fall. Das kann allerdings kaum überraschen, da die deutsche Rechtswissenschaft im 19. Jahrhundert und bis in die drei-

77 (53%) zu Europa, 28 (19%) zu USA und Kanada, 26 (18%) zu allgemeinen Themen, sieben (5%) zu Asien, fünf (3%) zu Afrika und nur drei (2%) zu Lateinamerika. Die Zeitschrift *Verfassung und Recht in Übersee* widmete zwar 1977 (3. Quartal) eine ganze Nummer dem Thema „Recht und Politik in Mexiko“. Nimmt man aber die Jahre 1980 und 1990 als Vergleichsbasis, ist das Bild kaum anders als bei den anderen genannten Zeitschriften: 1980 behandelten von 20 Beiträgen ganze drei Lateinamerika und davon wiederum nur zwei den Bereich des Rechts; 1990 waren es von 15 Aufsätzen zwei zu Lateinamerika, davon keiner zum Recht. Bezeichnend ist in diesem Zusammenhang auch die Bibliografie, die in dieser Zeitschrift seit 1988 regelmäßig zusammengestellt wird: 1988 betrafen im 1. Quartal von 45 Einträgen zu Lateinamerika nur sechs deutschsprachige Autoren zu juristischen Themen, im 2. Quartal von 41 Einträgen nur drei, im 3. Quartal von 46 nur zwei, im 4. Quartal von 12 nur einer (1989/1: einer von 58, 1989/2: keiner von drei, 1989/3: zwei von zwei; 1989/4: keine Bibliografie; 1990/2: einer von 16, 1990/3: keiner von fünf, 1990/1 und 1990/4: kein Eintrag zu Lateinamerika).

Biger Jahre des 20. Jahrhunderts weltweit von einzigartiger Bedeutung war. Man denke nur an Friedrich Carl von Savigny, Rudolf von Jhering, Gustav Hugo, Franz von Liszt oder Karl Bergbohm im 19. und Hans Kelsen, Adolf Merkl, Carl Schmitt, Hermann Heller oder Gustav Radbruch im 20. Jahrhundert. Zur Illustration mag hier das Beispiel dienen, dass kürzlich Jorge Enrique Dotti ein 930 Seiten starkes Werk über den Einfluss Carl Schmitts in Argentinien vorgelegt hat (Dotti 2000). Und würde man nach ähnlichen Arbeiten zu Hans Kelsen suchen, fände man sicher eine ähnlich bedeutsame oder gar noch stärkere Rezeption.

Diese Asymmetrie steht in deutlichem Gegensatz zur deutschsprachigen Lateinamerikanistik in anderen Fachgebieten – etwa im Bereich der Politikwissenschaft. Während zahlreiche Monografien deutscher Politologen über die politischen Systeme und Probleme Lateinamerikas vorliegen, sind lateinamerikanische Untersuchungen über die politische Geschichte oder die heutige politische Wirklichkeit Deutschlands bestenfalls sehr dünn gesät. Eine Asymmetrie besteht also auch hier, aber genau in umgekehrter Richtung.

Und diese zweite Asymmetrie lässt sich offenbar nicht mit Hilfe der schon genannten Gründe – also durch den Einfluss, den die Entwicklung des Gegenstandsbereichs einer Disziplin in einem Land auf ein anderes haben kann – erklären. Deutsche Politikwissenschaftler interessieren sich nämlich für Lateinamerika gewiss nicht wegen des Einflusses, den die politische Entwicklung dieser Länder auf die Bundesrepublik haben könnte; schließlich entspricht dieser Einfluss durchaus dem der lateinamerikanischen Rechtsinstitutionen in Deutschland, das heißt: Er ist inexistent. Die Erklärung ist also anderswo zu suchen. Wahrscheinlich ist es die – auf nationaler wie auf regionaler Ebene – oft pathologische Situation der politischen Systeme in Lateinamerika, die das Interesse deutscher Politikwissenschaftler weckt. Das jüngste Buch von Peter Waldmann (2002) zur Anomie in Lateinamerika ist dafür ein gutes Beispiel.³

³ Angesichts der Tatsache, dass in Lateinamerika Militärputschs in der Regel für sich beanspruchen, im Namen der Verfassung zu erfolgen, kann es nicht überraschen, dass die richterliche Anerkennung von *De facto*-Regierungen eines der originellsten Themen der lateinamerikanischen Rechtskultur darstellt. Unter den Politik-

Gegen eine umfassendere Entwicklung deutschsprachiger Untersuchungen zum Recht in Lateinamerika wirkt sich zweifellos nicht zuletzt auch die Tatsache erschwerend aus, dass es für diese Fachrichtung – anders als etwa in der Politikwissenschaft – keine institutionelle Basis an den Universitäten gibt und dass sie deshalb nur im Rahmen von rechtsvergleichenden oder völkerrechtlichen Seminaren betrieben werden können. Dies erklärt auch die wichtige Rolle, die den Max-Planck-Instituten für Vergleichende Rechtswissenschaft und für Internationales Recht in dieser Hinsicht zukommt.⁴

Eines der bekanntesten Merkmale lateinamerikanischer Rechtsordnungen ist die große Diskrepanz zwischen dem Buchstaben des Gesetzes und seiner tatsächlichen Umsetzung. Das gilt nicht nur für die Verfassungen, sondern auch für die verschiedenen Sparten des gewöhnlichen positiven Rechts.⁵ Kai Ambos, von dem schon eine vergleichende Studie zur Antiterroristen-Gesetzgebung in Deutschland, Großbritannien, Peru und Kolumbien (1989) vorliegt, hat dazu vor wenigen

wissenschaftlern mit juristischer Ausbildung ist wohl Tilman Evers (vgl. etwa Evers 1968) derjenige, der am deutlichsten die Bedeutung der Gesetzgebung von *De facto*-Regierungen für das Verständnis der totalitären Regime, die seit den sechziger Jahren in Lateinamerika errichtet wurden, herausgestellt hat. Seine Untersuchung zur „Argentinischen Revolution“ von Juan Carlos Onganía enthält eine Fülle von Hinweisen auf den rechtlichen Rahmen dieses politischen Systems und auf die Rechtslage seiner Institutionen (Evers 1972: bes. 79-102). Vgl. zum Thema der *De facto*-Regierungen auch Wolfgang Spoerr (1989) für den argentinischen und Franz B. Marré (1989) für den uruguayischen Fall.

⁴ Eine zunehmende Berücksichtigung des lateinamerikanischen Rechts ist darüber hinaus auch von den drei derzeit bestehenden Vereinigungen deutscher und lateinamerikanischer Juristen zu erwarten: von der *Deutsch-Mexikanischen Juristenvereinigung* (München), deren erklärtes Ziel es ist, die wechselseitige Kenntnis und das Verständnis der beiden Rechtsordnungen zu fördern; von der *Argentinisch-Deutschen Juristenvereinigung* (Buenos Aires) sowie von der *Deutsch-Brasilianischen Juristenvereinigung* (Frankfurt a. M.). Obwohl in ihren Leitungsgremien Juristen tätig sind, die sich seit langem dem Studium des lateinamerikanischen Rechts widmen, ist die Arbeit dieser Vereinigungen allerdings mehr auf Fragen der Rechtspraxis gerichtet, die eher für Rechtsanwälte als für Rechtswissenschaftler von Interesse sind.

⁵ Zum Strafrecht und seiner Anwendung in Costa Rica gibt es beispielsweise eine wohldokumentierte Monografie von Stephan Baedecker (1984a), von dem außerdem auch eine Untersuchung zur Freiheitsstrafe in Zentralamerika vorliegt (1984b).

Jahren eine erschöpfende Untersuchung über Strafflosigkeit und Strafrecht in Lateinamerika publiziert (Ambos 1997).⁶

Unter den Arbeiten deutscher Forscher zur rechtssoziologischen Wirklichkeit in Lateinamerika verdient im Übrigen das Werk des Soziologen Volkmar Gessner besondere Erwähnung. Sein Buch *Recht und Konflikt* (1976) behandelt insbesondere die geringe Rolle, die die positive Rechtsordnung Mexikos für die Lösung von Konflikten zwischen Privatpersonen spielt. Angesichts der hartnäckigen Stabilität der Wirkungslosigkeit der Justiz auf dem Subkontinent ist Gessners Untersuchung ein auch heute noch relevanter Beitrag nicht nur zur mexikanischen, sondern zur lateinamerikanischen Rechtssoziologie im Allgemeinen.

Auch andere Arbeiten zur Rechtswirklichkeit auf dem Subkontinent etwa im Strafrecht und der Kriminologie führen zu Ergebnissen, die hinsichtlich der tatsächlichen Wirksamkeit der Übernahme fremder, vor allem europäischer Rechtsinstitutionen und -kodizes in Lateinamerika eine skeptische Haltung nahelegen.⁷

Einen anderen Zugang finden wir bei Horst Pietschmann, der Untersuchungen zu rechtshistorischen Aspekten Lateinamerikas, vor allem in Bezug auf die Kolonialzeit, vorgelegt hat (vgl. etwa Pietschmann 1980). In seinen Arbeiten steht also die Sicht des Historikers im Vordergrund. Aber auch er zeigt, dass die Berücksichtigung der Rechtsinstitutionen für das Verständnis der politischen Systeme unerlässlich ist.

Den zuletzt genannten Werken gemein ist die Tatsache, dass sie von Autoren verfasst wurden, die selbst aus einer anderen Disziplin als der Rechtswissenschaft kommen. Sie interessieren sich folglich für deren Entwicklung eher am Rande und haben auch keinen direkten Einfluss darauf.

⁶ Das Thema der Menschenrechtsverletzungen und ihrer strafrechtlichen Behandlung wurde überdies u. a. in Aufsätzen von Juliane Kokott (1984; 1987), Konstantin Thun (1989), Wolfgang Heinz (1989), Detlef Nolte (1989) und Rainer Huhle (1989) behandelt.

⁷ Erwähnung verdienen in diesem Zusammenhang besonders das schon genannte Buch von Stephan Baedeker (1984b) zur Freiheitsstrafe in Costa Rica sowie die Untersuchung von Hans-Jürgen Brandt *Justicia Popular* (1986) zur Lage in Peru, aber auch die Veröffentlichungen der Friedrich Naumann-Stiftung, die sich vor allem mit dem gesetzlichen und praktischen Schutz der Menschenrechte befassen.

Das sieht im Bereich der Rechtsphilosophie ganz anders aus, wie ich nun zeigen möchte.

Der Nationalsozialismus führte in der deutschen Rechtswissenschaft, insbesondere im Bereich der Rechtstheorie und -philosophie, wie in allen anderen wissenschaftlichen Disziplinen auch, zu einem Bruch. Die Folgen waren Emigration oder Schweigen: Hans Kelsen ging in die Vereinigten Staaten; Hermann Heller starb im Madrider Exil; und Gustav Radbruch musste die Universität Heidelberg verlassen. Nach dem Zweiten Weltkrieg brachte die deutsche Rechtswissenschaft 1949 zwar ein hervorragendes Grundgesetz zustande, hat sich aber auf dem Gebiet der Rechtstheorie und -philosophie nur langsam erholt. Gerade in diesem Bereich hat dagegen Lateinamerika in den letzten Jahrzehnten – insbesondere in Argentinien und Mexiko – international bedeutende theoretische Beiträge hervorgebracht. Die Namen von Carlos Alchourrón, Eugenio Bulygin, Eduardo García Máynez oder Carlos S. Nino sind hier beispielhaft zu nennen. Wenn noch in den dreißiger Jahren des vergangenen Jahrhunderts der argentinische Rechtsphilosoph Enrique Martínez Paz mit Recht sagen konnte, dass „in allen Ländern Lateinamerikas [...] das rechtsphilosophische Denken in seiner Entwicklung, wenn auch etwas verspätet, dem Rhythmus des kontinental-europäischen Denkens gefolgt“ ist (zitiert nach Garzón Valdés 1965: 1f.; Martínez Paz bezog sich hier insbesondere auf das Denken des Deutschen Rudolf Stammler), zeigt die Rechtsphilosophie in Lateinamerika heute jedenfalls nicht mehr die Neigung zu „nachholender Entwicklung“, die dem Denken anderswo hinterherhetzt, sondern liefert vielmehr eigenständige Lösungsvorschläge für grundlegende Fragestellungen der Rechtswissenschaft.

Deutsche und hispanoamerikanische Rechtstheoretiker und -philosophen haben sich inzwischen auch besser kennengelernt. Das ist allerdings kein Zufall, sondern die Frucht einer beständigen Übersetzungstätigkeit in beide Richtungen. Schon 1965 veröffentlichte das *Archiv für Rechts- und Sozialphilosophie* ein von mir selbst herausgegebenes Beiheft, das der lateinamerikanischen Rechtsphilosophie gewidmet war.⁸ In der zweiten Hälfte der achtziger Jahre nahm das deutsche Inte-

⁸ Der Band enthielt u. a. Beiträge von Cayetano Betancur (Kolumbien), Carlos Alchourrón, Eugenio Bulygin, Carlos Cossio, Ernesto Garzón Valdés, Ambrosio L. Gioja, Werner Goldschmidt y Roberto Vernengo (Argentinien), Renato Cirell Czerna y Miguel Reale (Brasilien) und José María Delgado Ocando (Venezuela).

resse an dieser Art von Arbeiten dann deutlich zu. Bei Duncker & Humblot in Berlin erschienen Sammelbände zur argentinischen⁹ und zur mexikanischen¹⁰ Rechtsphilosophie. Zudem wird seither eine erhebliche Anzahl von Aufsätzen lateinamerikanischer Rechtstheoretiker in Fachzeitschriften wie *Rechtstheorie* oder *Archiv für Rechts- und Sozialphilosophie* veröffentlicht. Und von deutschen Autoren gibt es Kommentare und Diskussionsbeiträge zu diesen Arbeiten. All dies zeugt von zunehmendem gegenseitigem Interesse.

Schon 1977 verwies Norbert Hoerster in einem Kommentar zu einem von elf deutschen Juristen verfassten Lehrbuch der Rechtsphilosophie zur Vorbereitung auf das Staatsexamen auf die bemerkenswerte Entwicklung der Rechtstheorie und -philosophie in Lateinamerika, die er derjenigen in den skandinavischen und englischsprachigen Ländern insofern gleichstellte, als „in der Lösung anstehender Sachfragen definitive Fortschritte“ erzielt worden seien (Hoerster 1977: 416). Und 1988 stellte Werner Krawietz fest:

Nicht von ungefähr wird [...] in den letzten Jahrzehnten von deutschen Juristen mit wachsendem Interesse die genuin iberoamerikanische Leistung zur Kenntnis genommen, die gerade im Bereich des modernen Rechtsdenkens zu verzeichnen ist. [...] Von den Ergebnissen ihrer Untersuchungen gehen vielfältige Wirkungen aus auf zahlreiche andere Gebiete der rechtswissenschaftlichen Grundlagenforschung, insbesondere der Juristischen Methodenlehre und Erkenntnistheorie, der Rechts- und Sozialphilosophie und der Rechtssoziologie. (Krawietz 1988: 546)

Es ist also festzuhalten, dass das deutsche Interesse an der lateinamerikanischen Rechtstheorie und -philosophie in erster Linie der intellektuellen und wissenschaftlichen Qualität der lateinamerikanischen Ar-

⁹ Bulygin/Garzón Valdés 1987, mit Arbeiten von Carlos Alchourrón, Eugenio Bulygin, Genaro R. Carrio, Ricardo A. Guibourg, Carlos S. Nino, Jorge A. Bacqué, Ricardo A. Caracciolo, Roberto Vernengo, José M. Vilanova, Martín D. Farrell, Ernesto Garzón Valdés, Antonio Martino und Eduardo Rabossi.

¹⁰ Olivé/Salmerón 1989, mit Beiträgen von Eduardo García Máynez, Ulises Schmill Ordóñez, Rolando Tamayo, Antonio Gómez Robledo, Alejandro Rossi, Fernando Salmerón, Ramón Xirau, Javier Esquivel, León Olivé, Carlos Pereyra und Luis Villoro.

beiten geschuldet ist und nicht ihrem vermeintlichen Exotismus oder einem eigentlichen Interesse für Systempathologien. Ein gutes Beispiel dafür ist Robert Alexys Arbeit zu Carlos Ninos Ansatz einer rationalen Fundierung der Menschenrechte. Für Alexy gehört Nino mit seinem „eindrucksvollen und weit ausgearbeiteten Versuch einer Begründung der Menschenrechte“ aus einer konstruktivistischen metaethischen Position zur renommierten Gruppe von Rechtstheoretikern und Ethikern, der u. a. auch Denker vom Format eines John Rawls, Karl-Otto Apel, Bruce Ackerman, Peter Singer oder Jürgen Habermas angehören (Alexy 1997: 187). Hier kann man also in der Tat von Interesse *und* von Einfluss sprechen.

Ein zweiter Bereich, in dem ein lateinamerikanischer Einfluss auf das deutsche Denken zu verzeichnen ist, ist die so genannte „Befreiungstheologie“, die unter anderem mit den Namen des Peruaners Gustavo Gutiérrez und des Brasilianers Leonardo Boff verbunden ist. Hans-Jürgen Prien hat den Einfluss dieser theologischen Strömung in Deutschland mit germanischer Gründlichkeit beschrieben (Prien 1978 und 1981; vgl. aber auch etwa Rahner/Modehn/Zwiefelhofer 1977 und Hünermann/Eckholt 1989).

Und schließlich ist hier natürlich auch an die Dependenztheorie zu erinnern, die in den sechziger und siebziger Jahren des vergangenen Jahrhunderts in Deutschland stark rezipiert und verarbeitet wurde. Der Soziologe Dieter Senghaas ist in diesem Zusammenhang an erster Stelle zu nennen. Er war es, der die Übersetzung von Büchern und Aufsätzen der wichtigsten Vertreter dieser Strömung (Fernando Henrique Cardoso, Theotonio dos Santos, Osvaldo Sunkel, Celso Furtado, Aníbal Quijano, Oscar Braun) entscheidend gefördert und die Rezeption und den Einfluss dieser Interpretation der internationalen Beziehungen aufgezeigt hat (Senghaas 1974, 1976). Schon damals war die Dependenztheorie Gegenstand heftiger Diskussion und Kritik, und viele ihrer Behauptungen erwiesen sich als theoretisch unhaltbar. Aber ihr Einfluss auf die Vorstellungen von der internationalen wirtschaftlichen Entwicklung und ihre Beiträge dazu sind nicht zu leugnen.

Zusammenfassend lässt sich zu diesem ersten Aspekt vielleicht wenigstens das Folgende sagen:

(1) Lateinamerikanisches Denken ist in denjenigen Bereichen in Deutschland auf *Interesse* gestoßen *und* hat deutsche Überlegungen *beeinflusst*, in denen es neuartige, originelle Beiträge geliefert hat.

- (2) In anderen Bereichen der Sozialwissenschaften und der Philosophie hat es eher das sektorale *Interesse* von Wissenschaftlern aus anderen Disziplinen geweckt, *ohne* dass sich daraus *Einfluss* ergeben hätte.
- (3) Speziell im Bereich der reinen philosophischen Reflexion kann von einer Rezeption lateinamerikanischer Beiträge durch deutsche Philosophen keine Rede sein. Hier liegt *weder Einfluss noch Interesse* vor.

3. Beziehungen auf Gegenseitigkeit: die Literatur

1964 organisierte ich zusammen mit den Kulturattachés der kolumbianischen und der brasilianischen Botschaft das erste deutsch-lateinamerikanische Schriftstellertreffen. Das Ereignis fand in Berlin statt, und von lateinamerikanischer Seite nahmen daran unter anderem Jorge Luis Borges, Eduardo Mallea, Juan Rulfo, Miguel Angel Asturias, Norberto Silvety Paz, Germán Arciniegas, Eduardo Caballero Calderón und Angel Rama teil. Damals war die Unkenntnis über lateinamerikanische Literatur in Deutschland so groß, dass Borges in der deutschen Presse als „in Buenos Aires exilierter spanischer Autor“ vorgestellt wurde. Vielleicht beruhte diese Ignoranz auf einer – allerdings nicht sehr plausiblen – Skepsis: dass es auf einem Kontinent, der gesellschaftlich und politisch so wenig vorzuweisen hatte, wohl auch keine Literatur geben könne, die es wert sei, bei deutschen Schriftstellern Beachtung zu finden. Es mag durchaus etwas daran sein, wenn Juan Viloro zu den kulturellen Beziehungen zwischen Europa und Lateinamerika anmerkt:

Angesichts der großen Nachfrage nach Werken mit dem Gütesiegel „echt Latino“ versuchen manche Künstler, ganz gezielt autochthon zu sein. Gabriel García Márquez und Alejo Carpentier hatten keine Strategie entwickelt, um die ausländische Kritik zu entzücken; ihre Werke sind das natürliche Ergebnis ihrer literarischen Vorstellungen. [...] Nichts wäre schäbiger, als ihre Verdienste schmälern zu wollen. Es lässt sich jedoch nicht bestreiten, dass im Schatten dieser sagenhaften Baumriesen „Tutti-frutti-Federn“ – um Cabrera Infantes Metapher zu benutzen – erblüht sind, die ein Erfolgsrezept wiederholen wollen [...] Lateinamerika ist weit weg; präsent ist es lediglich in den wechselhaften bunten Verpackungen seiner Kaffeebohnen und Salsaplatten. Diese Entfernung bewirkt, dass es auf kultureller Ebene ein seltsames Be-

dürfnis der europäischen Vorstellungskraft befriedigt: die Utopie der Rückständigkeit. Nichts ist spannender in einer globalisierten Welt als ein Reservat, in dem längst vergessene Gebräuche bewahrt werden. (Villoro 2001: 112 f.)

Und trotzdem ist auch unbestreitbar, dass eine aktive und intelligente Übersetzungstätigkeit die lateinamerikanische Literatur auch dem durchschnittlichen deutschen Leser zugänglich gemacht hat und dass die Schriftsteller des Subkontinents inzwischen von ihren deutschen Kollegen mit Interesse und Gewinn rezipiert wurden. Dies scheint mir ein gutes Beispiel für *Interesse und Einfluss* zu sein.

4. Die Verdrängung deutscher durch angloamerikanische Denker

Die „geistige Attraktivität“ der deutschen Kultur erlebt in Hispanoamerika derzeit nicht ihren glorreichsten Moment. Ich denke, ich irre mich auch nicht, wenn ich feststelle, dass diese Attraktivität derzeit nicht nur eher gering, sondern auch weiter rückläufig ist. Lassen Sie mich diese Behauptung mit zwei Beispielen belegen – eines institutioneller, das andere persönlicher Art.

Gisela Janetzke, Stellvertretende Generalsekretärin der Alexander-von-Humboldt-Stiftung – dieser wirklich vorbildlichen Organisation, die sich seit jeher durch ihr intelligentes Management, ihren Widerwillen gegen jede Form von unnötiger Bürokratie und ihr bewundernswertes Geschick bei der Identifizierung und Förderung vielversprechender ausländischer Nachwuchswissenschaftler auszeichnet – erklärte kürzlich:

Während in den 45 Jahren zwischen 1953 und 1998 insgesamt 6 % aller geförderten Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler aus Lateinamerika kamen, ist ihr Anteil in den fünf Jahren zwischen 1994 und 1998 auf 3 % gesunken! [...] USA und Westeuropa, besonders Spanien, werden als attraktive Zielländer bevorzugt. (Janetzke 2001: 37 f.)

Und ein paradigmatischer Einzelfall, von dem ich unmittelbare Kenntnis habe, ist der folgende: Die beste mexikanische Nachwuchswissenschaftlerin am Institut für Philosophische Forschung der UNAM – nen-

nen wir sie Fabiola X – beschloss vor einigen Jahren, ihre Doktorarbeit über Kant zu schreiben. Man sollte erwarten, dass diese hervorragende Doktorandin, die im Übrigen in Mexiko-City eine deutsche Schule besucht hat und daher Deutsch spricht, für ihr Promotionsstudium eine deutsche Universität gewählt hätte. Aber nein: Fabiola entschloss sich, ihre Arbeit über Kant in Harvard bei John Rawls zu schreiben.

Dabei muss man oft feststellen, dass die Attraktivität der deutschen Kultur gar nicht unbedingt *absolut* zurückgegangen, sondern dass lediglich die Attraktivität anderer Angebote – insbesondere der angelsächsischen Welt – gestiegen ist. Entscheidend ist letztlich ja die *relative* Attraktivität. Und beispielsweise die Attraktivität eines Promotionsstudiums in den USA für junge Ausländer lässt sich an einschlägigen Statistiken unschwer ablesen: In den USA sind 80 % aller Doktoranden Ausländer, in Deutschland dagegen nur 12 %.

In meiner eigenen Madrider Studienzeit in den fünfziger Jahren des vergangenen Jahrhunderts überzeugten mich Professoren wie Enrique Gómez Arboleya und Xavier Zubiri mit guten Argumenten davon, dass ich, wenn ich die deutsche Philosophie nicht im Original lesen könnte, den Gedanken an eine Universitätslaufbahn besser aufgeben sollte. Das war der Grund für meinen Entschluss, als Instrument für die Lektüre juristischer und philosophischer Texte Deutsch zu lernen. Ob die damalige Vorstellung meiner spanischen Lehrer heute noch immer gilt, bezweifle ich allerdings.

Es gehört zu den traurigen Paradoxen der deutschen Kultur, dass der große Aufschwung, den Fächer wie die Ethik und die politische Philosophie in der angelsächsischen Welt verzeichnen konnten, in nicht unerheblichem Maße der Auswanderung, dem Exil deutscher Philosophen, Juristen und Sozialwissenschaftler nach der Machtergreifung der Nationalsozialisten in Deutschland geschuldet ist. Namen wie Hans Kelsen, Hans Reichenbach, Theodor W. Adorno, Max Horkheimer, Ludwig Wittgenstein, Karl Popper, Carl Hempel, Rudolf Carnap, Theodor Geiger und viele andere mehr illustrieren diesen tragischen Prozess. Und es ist auch bezeichnend, dass die deutsche Nachkriegsgeneration ihre intellektuellen Wurzeln oft erst über den Umweg in die angelsächsische Welt wieder entdeckte. Das Werk eines Philosophen wie Hans Albert mit seiner Reaktualisierung des Denkens von Karl Popper ist nur ein Beispiel für diese Entwicklung.

Mit Norbert Hoerster habe ich mich schon vor vielen Jahren darüber unterhalten, dass die Rezeption, die die argentinische Rechtsphilosophie in Deutschland gefunden hat, sicher auch deswegen zustande kam, weil deren Vertreter den Kontakt zu den deutschen Einwanderern pflegten und von ihren Beiträgen zu profitieren wussten. In Deutschland selbst dagegen führte die Abschottung der Nazis dazu, dass sich die Überlegungen in der Rechtstheorie auf abstruse Verweise auf ein rassistisch geprägtes Naturrecht beschränkten und die Philosophie – mit der (in verschiedener Hinsicht bemerkenswerten) Ausnahme von Martin Heidegger – in Institutionen gepflegt wurde, die Karl Jaspers folgendermaßen beschrieben hat:

Die Universitäten wurden ihrer Selbstverwaltung beraubt, der Rektor vom Minister, die Dekane vom Rektor ernannt. [...] Unfähige und geistfremde Parteiangehörige erhielten Stellen. Bevorzugt wurden die Charakterlosen [...] die für sich zu den Kompromissen bereit waren. Man ließ die Wissenschaft vertreten durch unwissenschaftliche und wissenschaftsfremde Menschen. (Jaspers 1963: 122)

Trotz der schwierigen Ausgangslage für die deutschen Philosophen nach dem nationalsozialistischen Desaster hat allerdings ihr Werk erneut unzweifelhaft Weltniveau erreicht. Nach Meinung von Georg Henrik von Wright, des finnischen Logikers, der den Lehrstuhl Wittgensteins in Cambridge beerbt und die so genannte „deontische Logik“ entwickelt hat, ist Jürgen Habermas heute der wichtigste Philosoph weltweit. Und Deutschland hat es auch verstanden, Interesse für die junge deutsche Philosophie zu wecken – unter anderem durch Publikationen wie die Reihe *Estudios Alemanes*, durch die der spanischsprachigen Welt hervorragende, aber bis dahin fast völlig unbekannte Autoren vorgestellt wurden, die dann auf das philosophische Denken in Spanien und Lateinamerika auch Einfluss gewannen.

Dass diese Behauptung nicht übertrieben ist, belegen die folgenden Worte des international renommierten spanischen Philosophen Fernando Savater:

Es ist *Sur* (*Estudios Alemanes*) zu verdanken, dass wir Adornos und Horkheimers *Dialektik der Aufklärung* oder die ersten Aufsätze von Walter Benjamin und anderen wichtigen Denkern in der Übersetzung von H. Murena lesen konnten. Was wäre wohl ohne sie aus uns geworden? (Savater 1996: 11)

Mir scheint, dass trotz der wachsenden Bedeutung des angelsächsischen Denkens diese Frage auch heute noch aktuell ist.

5. Zehn Thesen zur Kulturpolitik

Wie eingangs angekündigt, möchte ich hier nicht nur einen (sehr kursorischen, punktuellen) Überblick über die deutsch-lateinamerikanischen Beziehungen im Bereich der Sozialwissenschaften und der Philosophie geben, sondern auch einige Überlegungen über die Zukunft dieser Beziehungen formulieren. Ich werde dazu im Folgenden zehn Thesen formulieren, die in komprimierter Form meine persönliche Auffassung von diesem komplexen Thema widerspiegeln. Dabei werde ich auch einige Vorschläge machen, deren Umsetzung ich für realistischerweise machbar halte. Die ersten fünf Thesen sind allgemeiner Art. Sie bilden die Grundlage für die restlichen Thesen, die speziell die deutsch-hispanoamerikanischen Kulturbeziehungen im Bereich der Sozialwissenschaften und der Philosophie betreffen. Dabei werde ich mich allerdings nur auf die eine Richtung, nämlich auf die deutsche Kulturpolitik gegenüber Lateinamerika beziehen und die umgekehrte Richtung außer Acht lassen. Diese Einschränkung scheint mir gerechtfertigt, wenn man bedenkt, dass – von einigen wenigen Ausnahmeerscheinungen abgesehen – von einer lateinamerikanischen Kulturpolitik gegenüber Deutschland kaum die Rede sein kann. Den spanischen Fall und die Aktivitäten von Organisationen wie das Instituto Cervantes, die sehr wohl eine Politik in diesem Bereich besitzen, will ich ausdrücklich ausklammern, da dies die Grenzen des vorliegenden Aufsatzes sprengen würde.

(1) Jede Kulturpolitik, ob national oder international, ist immer in erster Linie *Politik*, das heißt ein Instrument zur Absicherung und Festigung von Machtbeziehungen zwischen denen, die diese Politik entwerfen und umsetzen, und ihren Adressaten. Es geht hier nicht um Beziehungen von großzügiger Wohltätigkeit und uneigennütziger Hilfe – das ist Politik nie –, sondern um die Orientierung von Verhaltensweisen, die im Interesse der betreffenden Handlungsträger sind.

Die Mittel, die politischen Planern im Bereich der Kultur zur Verfügung stehen, zeichnen sich dadurch aus, dass ihre Wirkungen nicht un-

mittelbar und punktgenau sind, sondern sich meist erst auf lange Sicht erweisen und dass sie in der Regel diffus, dafür aber dauerhaft sind. Wo in der Kulturpolitik doch einmal unmittelbare und spektakuläre Erfolge erzielt werden, sind diese dagegen oft flüchtig und hinterlassen langfristig kaum Spuren.

Gerade weil die Wirkungen kulturpolitischer Maßnahmen meist erst nach einer gewissen Zeit sichtbar werden, empfiehlt es sich, in diesem Bereich geduldig und beharrlich vorzugehen. Das mag selbstverständlich klingen. Aber leider gibt es im Bereich der kulturellen Aktivitäten einen starken Drang zur Innovation, zum Wandel und zum schnellen Erfolg. Angesichts der Langsamkeit kultureller Prozesse und des Wunsches, aufgewendete Mittel vor Haushaltsausschüssen zu rechtfertigen, ist das gewiss eine psychologisch verständliche Reaktion. Aber Innovation und Wandel führen nicht selten zur Neuerfindung des Rades und zur Zerstörung von schon Geschaffenem, um es erneut zu schaffen. Ich habe in Argentinien – und nicht nur dort – im Bereich der Kulturpolitik zahlreiche Beamte erlebt, die eine ausgeprägte Neigung hatten, es Penelope nachzutun.

Bei alledem möchte ich unterstreichen, dass Kulturpolitik, *wenn* sie erfolgreich ist, viel größere Wirkung entfalten kann als nackte Machtinstrumente. Die *Conquista* und die Kolonisierung Hispanoamerikas sind ein gutes Beispiel dafür: was gewaltsam errungen wurde, ging bald wieder verloren; dagegen veränderte die Übernahme neuer Lebensformen und einer europäischen Weltsicht, die später die „westlich-christliche“ genannt werden sollte, die Geschicke des Kontinents ganz radikal. Schon im 16. Jahrhundert wurden die ersten Universitäten gegründet. In der mexikanischen Hauptstadt gab es nur 15 Jahre nach der Eroberung die erste Verlagsdruckerei – eine „Filiale“ der Druckerei des Deutschen Johannes Cromberger in Sevilla –, und mit der Zeit wurde die Stadt zu einem „Zentrum von Kultur und vornehmer Lebensart, vergleichbar mit den großen städtischen Zentren in Spanien und dem restlichen Europa“, wie Irving Leonard (1996: 180) uns in Erinnerung ruft. Später, gegen Ende des 18. Jahrhunderts, war die Rezeption der Werke aufgeklärter Spanier wie Jovellanos und Feijoo ein sehr viel wichtigerer Impuls für die Unabhängigkeit als der bewaffnete Einmarsch Napoleons in Spanien; und die militärischen Rückeroberungsbemühungen des nicht sehr hellsehbigen Ferdinand VII. scheiterten bekanntlich sehr schnell an der Existenz einer neuen spanisch-mestizi-

schen Gesellschaft, die durch den modernisierenden Einfluss der Herrschaft Karls III. entstanden war. Auch ein Beispiel aus dem letzten Jahrhundert für die politische Bedeutung der Kultur lässt sich hier anführen: Charles de Gaulle, der bekanntlich recht viel von Machtbeziehungen verstand, beschloss ausgerechnet mitten im französisch-algerischen Konflikt, André Malraux auf Kulturvisite nach Hispanoamerika zu schicken, um auf diese Weise bei den Regierungen der Region für seine Nordafrika-Politik zu werben. Und er hatte Erfolg.

Die sanften Mittel der Kulturpolitik haben also ein enormes Machtpotential. Ich will daher meine erste These die *These vom kulturellen Machtpotential* nennen.

(2) Im Unterschied zu anderen politischen Machtmitteln bezwecken die Mittel, die im Bereich der Kultur eingesetzt werden, die Beeinflussung der geistigen Vorlieben der Adressaten in der Weise, dass deren Überzeugungen und Haltungen sich *freiwillig* den Zwecken anpassen, die damit verfolgt werden. Es geht hier also im Grunde um einen Wettbewerb, der darauf abzielt, dass die angebotenen kulturellen Inhalte attraktiver erscheinen sollen als all die anderen aus dem lokalen oder internationalen kulturellen Angebotsspektrum, die nicht mit ihnen vereinbar sind. Die Akzeptanzfähigkeit eines kulturellen Angebots ist direkt abhängig von seiner Attraktivität. Das hängt aber wiederum davon ab, welche Kenntnisse darüber vorhanden sind. Was man gar nicht kennt, kann man schließlich nicht attraktiv finden. Attraktivität setzt Information schon voraus. Damit Adressaten jedoch überhaupt gewillt sind, Informationen aufzunehmen, muss man in ihnen zumindest einen gewissen „Anfangsverdacht“ von Attraktivität wecken. Letztlich haben wir es hier also mit einem recht komplizierten Zusammenspiel von Information und Attraktivität zu tun.

Jedenfalls kann Kulturpolitik nicht erfolgreich sein, wenn das angebotene Produkt nicht als attraktiv wahrgenommen wird. Niemand bekräftigt bzw. ändert seine Vorlieben, wenn er nicht davon überzeugt ist, dass es wirklich die besten sind bzw. dass die geänderten Vorlieben auf besser begründbaren Überzeugungen und Einstellungen beruhen würden. Ich nenne dies die *These von der geistigen Attraktivität*.

(3) Wenn der Adressat einer Kulturpolitik die intellektuellen Vorlieben des Anbieters übernimmt, wird er selbstverständlich selbst zu einem

Kultivator der Werte dieser Kultur. Wo schon gemeinsame kulturelle Wurzeln existieren, bereichert er so die eigene Kultur, kann aber zugleich auch auf die Kultur des Anbieters Rückwirkungen haben. Es ergibt sich dann eine Situation, in der derjenige, der Einfluss ausüben wollte, am Ende selbst durch die Überzeugungen und Geisteshaltungen des ursprünglich Beeinflussten beeinflusst wird. Aus einer asymmetrischen Machtsituation wird dann eine symmetrische Situation geteilter Interessen; die Kommunikation verläuft in beide Richtungen, wird also zu dem, was wir *Dialog* im eigentlichen Sinne des Wortes zu nennen pflegen. Was als einseitige politische Willensäußerung begann, wird zu einer gleichberechtigten, beiderseitigen Aktivität. Ein solcher Effekt ist bei erfolgreicher Einflussnahme durchaus zu erwarten. Die Einflussnahme selbst endet, wenn sie ihr Ziel erreicht hat. Dann aber kann ein Rückkoppelungs-Prozess einsetzen, bei dem nicht lediglich das Empfangene zurückgespiegelt wird, sondern dem ursprünglichen Angebot auch neue Elemente einverleibt werden.

Diese *These von der kulturellen Rückkoppelung* besagt also, dass wirksame Kulturpolitik die eigene Kultur nicht etwa gegen die Übernahme von Elementen der beeinflussten Kultur immunisieren muss, sondern im Gegenteil deren geistige Beeinflussung fördern kann.

(4) Wie jede Politik, so muss auch die Kulturpolitik mit begrenzten, manchmal sogar sehr knappen Mitteln arbeiten. Knappheit herrscht nicht nur finanziell, sondern auch hinsichtlich der verfügbaren Alternativen. Das erfordert eine sehr sorgfältige Vorgehensweise und insbesondere nüchterne Überlegungen über die geeignetsten Adressaten. Will man im Bereich der kulturellen Beziehungen auf eine Weise Einfluss nehmen, die nicht nur wirksam ist, sondern auch effizient in dem Sinne, dass der Nutzen die eingesetzten materiellen und humanen Ressourcen mehr als kompensiert, dann scheint die Vermutung nicht allzu gewagt, dass die konkreten Adressaten in erster Linie Mitglieder der intellektuellen Elite der betreffenden Gesellschaft sein sollten. Sie sind es, die später als lokale Multiplikatoren zur Verbreitung der Werte der Angebotskultur fungieren können. Und je anspruchsvoller das kulturelle Angebot, desto höher muss zwangsläufig das intellektuelle Niveau der Adressaten sein.

Die Auswahl der Adressaten muss selbstverständlich *vor* jeder konkreten kulturpolitischen Aktivität erfolgen. Und soweit es sich um in-

tellectuelle Eliten handelt, tut man gut daran sich bewusst zu machen, dass diese in der Regel selbst anspruchsvoll sind, nicht in Botschaften ein und aus gehen und sich fernab des Rampenlichts des so genannten *social life* bewegen. Das ist eigentlich überall so, und jeder, der auch nur etwas Erfahrung mit dem diplomatischen Leben hat, weiß das. Und es ist ja auch verständlich. Diplomaten dagegen müssen aus beruflichen Gründen in erster Linie die Beziehungen mit den politischen und wirtschaftlichen Protagonisten ihres jeweiligen Standorts pflegen.

Die These, die ich dazu formulieren möchte, ist, dass es ohne angemessene Adressaten keine erfolgreiche Kulturpolitik geben kann – die *These von der Adressatenabhängigkeit der Kulturpolitik*.

(5) Oft ist Kulturpolitik geprägt von einer deutlich ökonomistischen Sichtweise, die zu dem schweren Irrtum führen kann, dass Kulturpolitik nur für wirksam gehalten wird, wenn sie teuer ist. Da aber die vom Staat zur Verfügung gestellten Mittel immer knapper werden, führt das zu der fatalen Entscheidung, Projekte, die wenig kosten und deswegen für wenig prestigeträchtig oder kurzfristig nicht wirkungsvoll gehalten werden, pauschal aufzugeben. Ein solches Denken beruht auf einem Fehlschluss. Gerade im Bereich der Kultur gibt es wirkungsvolle und zugleich finanziell erschwingliche Mittel. Man denke nur an die geistige Wirkungskraft von Büchern. Übersetzung und Druck eines etwa 300-seitigen Bandes kosten derzeit ungefähr 6.000 Euro, also gerade so viel wie ein paar diplomatische Empfänge.

Akzeptiert man die These zur Attraktivität des kulturellen Angebots und ihrer Abhängigkeit von Informationen, dann liegt der Schluss nahe, dass die Auswahl der Bücher, die übersetzt und publiziert werden, nicht allein der Entscheidung von Verlegern des Empfängerlandes überlassen werden sollte. Verlage sind nun einmal gewinnorientierte Unternehmen. Folglich sind sie vor allem an leicht verkäuflichen Werken schon bekannter Autoren interessiert. Es wird immer schwieriger, Bücher zu veröffentlichen, die von weniger bekannten, aber deswegen keineswegs schlechteren Verfassern stammen als diejenigen, die sich auf den vorderen Plätzen der Bestsellerlisten mit ihrem kurzen Verfallsdatum tummeln. Eine gute Kulturpolitik sollte sich daher um die Förderung des unbekannten Guten kümmern, um den Horizont des Publikums zu erweitern und die Attraktivität des kulturellen Angebots zu erhöhen.

Eine rein ökonomistische Auffassung von Kulturpolitik ist im Übrigen doppelt verfehlt. Zum einen lässt sich die Relevanz von Kultur eben nicht allein mit ökonomischen Ertragsmaßstäben messen; andernfalls gäbe es keine guten Argumente dafür, dass so unrentable Institutionen wie Opernhäuser und Theater mit öffentlichen Mitteln subventioniert werden. Und zum anderen sind die Aktivitäten zur Förderung des internationalen Kulturaustauschs sehr viel weniger kostspielig als das, was in anderen Bereichen aufgewendet wird – etwa im Bereich der Militärhilfe für vermeintliche Bündnispartner in Ländern der so genannten „Dritten Welt“.

Dies lässt sich in eine fünfte allgemeine These fassen: Eine adäquate Kulturpolitik sollte sich weder ausschließlich an Kriterien ökonomischer Rentabilität orientieren noch an der Annahme, dass erfolgreiche Kulturpolitik notwendigerweise kostspielig ist. Dies ist, kurz gesagt, die *These von der relativen Unabhängigkeit des Kulturellen vom Ökonomischen*.

(6) Wenn man nun auf der Grundlage dieser fünf allgemeinen Thesen die deutsch-hispanoamerikanischen Kulturbeziehungen insbesondere im Bereich der Sozialwissenschaften und der Philosophie betrachtet, so kann man ein, wie ich meine, einigermaßen treffendes Bild ihrer aktuellen Lage und künftigen Möglichkeiten zeichnen.

Mit dem Hinweis auf den *politischen* Charakter der Förderung der internationalen Kulturbeziehungen habe ich die Gefahr von Ungeduld und mangelnder Konstanz angesprochen. In Bezug auf Hispanoamerika lassen sich Beispiele finden, die entsprechende Befürchtungen stützen. In den letzten Jahren wurden Goethe-Institute in Brasilia, Belo Horizonte, Medellín, Mendoza, Córdoba, San Juan und Viña del Mar geschlossen. Die generelle Tendenz geht dahin, das Netz von Institutionen in dieser Region auszudünnen, um ein neues Netz in Osteuropa und in den Nachfolgestaaten der ehemaligen Sowjetunion zu knüpfen (vgl. Lüffe 2001: 65). Dass die Arbeit der genannten Institute gerade dann unterbrochen wurde, als es ihnen gelungen war, sich als unverzichtbare Zentren nicht nur der deutschen, sondern auch der jeweiligen nationalen Kultur zu etablieren, kann – vorsichtig formuliert – kaum als eine sehr glückliche Entscheidung gewertet werden. Die Auswirkungen des damit verbundenen Verlusts sind heute schon spürbar, werden aber in den kommenden Jahren noch sehr viel deutlicher werden. Vielleicht

steht dem Verlust des kulturellen Wirkens in Lateinamerika ja tatsächlich die Zunahme der kulturellen Aktivitäten in Osteuropa gegenüber. Aber wenn man mit dieser Politik weitermacht, dann ist jetzt schon absehbar, dass eines Tages auch die Institute in Osteuropa geschlossen werden, um wieder neue in irgendeiner anderen Weltregion zu errichten, die gerade von Krisen und politisch-sozialen Transformationen gebeutelt wird. Kandidaten dafür gibt es genug, und viele „Penelopes“ werden zufrieden auf ihr Werk blicken.

(7) Diese Maßnahmen werden nun ausgerechnet in einer Zeit ergriffen, in der die (meine zweite allgemeine These betreffende) „geistige Attraktivität“ der deutschen Kultur in Hispanoamerika nicht gerade eine Blütezeit erlebt. Trotz der bewundernswerten Aktivitäten der Goethe-Institute, von Zeitschriften wie *Diálogo Científico* oder der Publikationen der politischen Stiftungen gibt es nicht genügend *Informationen* über die modernen Strömungen deutschen Denkens.

Ich habe eingangs ganz allgemein von der Beziehung zwischen Attraktivität und Information gesprochen. Ich möchte das Thema nun vertiefen durch den speziellen Bezug auf Lateinamerika.

Dass das, was man nicht kennt, weder attraktiv noch unattraktiv sein kann, liegt auf der Hand. Die Frage ist, wie sich Kenntnissnahme am besten stimulieren lässt. Bei denen, die in Deutschland mit dem Entwurf der Kulturpolitik auf internationaler Ebene befasst sind, scheint die Vorstellung weit verbreitet, dass der Vermittlung der deutschen *Sprache* Vorrang einzuräumen ist, um auf diesem Weg das Interesse an der deutschen Kultur zu wecken. Das ist z. B. offenbar die Meinung der Stellvertretenden Leiterin der Kulturabteilung des Auswärtiges Amts, Gabriele von Malsen-Tilborch, wenn sie sagt: „Zwei zentrale Bereiche der AKP in Lateinamerika [sind] die Sprachförderung [...] und die Arbeit der Kulturgesellschaften“ (von Malsen-Tilborch 2001: 17).

Ich halte diese Strategie für alles andere als optimal. Abgesehen von Philologen und eingefleischten Herderianern erwerben Menschen Sprachkenntnisse als Instrument der Kommunikation. Man macht sich daran, eine Sprache zu lernen, wenn man denkt, dass dies nützlich sein kann für irgendeinen anderen, nicht-sprachlichen Zweck. In dem Fall ist man sogar bereit, das mühsame Unterfangen des Erlernens einer so komplizierten Sprache wie des Deutschen auf sich zu nehmen.

Der Sprachförderung Vorrang zu geben heißt aber, den Karren vor die Pferde zu spannen. Die Attraktivität, die die deutsche Kultur zum Beispiel einst bei einem Intellektuellen und Politiker wie Domingo Faustino Sarmiento genoss, beruhte keineswegs auf seinen Deutschkenntnissen (die waren gleich Null), sondern auf seiner Lektüre deutscher Autoren in französischer Übersetzung. Und als er beschloss, die Akademie der Wissenschaften in Córdoba mit Professoren aus Jena zu gründen, tat er das einfach aufgrund des großen internationalen Prestiges der deutschen Wissenschaft in der Mitte des 19. Jahrhunderts.

Inzwischen ist auch in Deutschland in den Sozialwissenschaften das Englische zur Arbeitssprache geworden: In so wichtigen Zeitschriften wie *Rechtstheorie* oder *Analyse & Kritik* erscheinen etwa gleich viele Aufsätze in deutscher und in englischer Sprache (wobei auch letztere oft von deutschen Autoren stammen). Und seit 1997 gibt es in Bonn das *Center for Development Research*, das Forschung betreibt und Doktoranden ausbildet, wobei sämtliche Vorlesungen und Seminare in englischer Sprache gehalten werden. In der modernen deutschen Kulturgemeinschaft wäre wohl niemand mehr bereit, Fichtes These aus den *Reden an die deutsche Nation* zu unterschreiben, wonach die deutsche Sprache eine „ursprüngliche und natürliche Sprache“ sei, während aufgrund ihrer Herkunft aus dem Lateinischen das Französische und die anderen romanischen Sprachen keine vergleichbare „Reinheit“ aufwiesen. Für Fichte beruhte die „Hoffnung des gesamten Menschengeschlechts“ darauf, sich zur Vernunft hin entwickeln zu können, womit er die in der deutschen Sprache und Kultur enthaltenen Möglichkeiten meinte. Noch 1951 glaubte Franz Thierfelder, kommissarischer Generalsekretär des Goethe-Instituts und Autor eines 1938 veröffentlichten Buches mit dem Titel *Deutsch als Weltsprache*, dass die deutsche Sprache „in den jungen Staaten des Nahen und Mittleren Ostens, die sich von ihren französischen und britischen Kolonialherren emanzipierten“, gute Chancen habe (Michels 2001: 33).

An die Stelle solch metaphysischer und politischer Vorstellungen eines sprachlichen Nationalismus ist heute eine pragmatische Auffassung vom Wert einer Sprache getreten. Das scheint mir kein unerheblicher Aspekt zu sein, wenn es darum geht, die Attraktivität eines kulturellen Angebots zu erhöhen.

Wie anders aber ließe sich diese Attraktivität erhöhen? Akzeptiert man meine Diagnose, dann muss man trivialerweise schließen (da gül-

tige Schlüsse ja *immer* nur aufzeigen, was in den Prämissen schon enthalten ist, also in diesem Sinne Triviales): dadurch, dass das kulturelle Produkt angemessen präsentiert wird. Und „angemessen“ heißt hier: mit angemessenen Mitteln gegenüber angemessenen Adressaten. Aber bevor ich mich dazu äußere, was diese Strategie *konkret* bedeutet, möchte ich der Vollständigkeit halber noch ganz kurz auf das Phänomen der „kulturellen Rückkoppelung“ (also auf meine dritte allgemeine These) eingehen.

(8) Schon seit einigen Jahrzehnten gibt es im Bereich der Sozialwissenschaften und der Moralphilosophie einen durchaus interessanten Dialog zwischen Deutschen und Hispanoamerikanern. Dieser Dialog wurde dadurch möglich, dass man allmählich doch mehr voneinander weiß; aber er hängt auch mit der besonders hohen Qualität der betreffenden Inhalte zusammen. Ich habe dazu weiter oben schon etwas gesagt und will daher hier nicht näher darauf eingehen.

(9) Für das kulturelle Angebot Europas ist Lateinamerika nach wie vor der naheliegendste Adressat und Gesprächspartner. Und am empfänglichsten in diesen Gesellschaften, die von Straflosigkeit, Korruption und Leichtfertigkeit so schwer geprüft sind, sind dafür jedenfalls im Bereich der Philosophie und der Sozialwissenschaften immer noch die Intellektuellen. Diese ziemlich trivial klingende Feststellung wird jedoch offenbar von manch kostspieligem Projekt der Kulturvermittlung nicht berücksichtigt, bei dem ein breiter Strauß von Inhalten für ein diffuses Publikum von sehr geringer Bedeutung für die geistige Entwicklung der Empfängergesellschaft aufbereitet wird.

Die Frage der Identifizierung adäquater Adressaten sollte wirklich sehr ernst genommen werden. Gerade in diesen Zeiten, in denen wir sehr drastisch mit der fälschlicherweise als „Kampf der Kulturen“ betrachteten Weltlage konfrontiert sind, zeigt sich die enorme Wichtigkeit geeigneter Gesprächspartner, die in der Lage sind, die besten Elemente des europäischen Denkens, die der Aufklärung mit ihrer Bekräftigung der Universalität der Menschenrechte und ihrer Ablehnung von ethischem Relativismus und kulturellem Provinzialismus verpflichtet sind, aufzunehmen und fortzuentwickeln. Deutschland hat diesbezüglich viel zu bieten – und kann das noch vermehren, wenn es in Kooperation mit anderen Ländern der Europäischen Union tritt, wie etwa

Spanien, dem im Dialog zwischen Europa und Lateinamerika unbestreitbar eine ganz besondere Stellung zukommt. Das demokratische Spanien hat längst den uralten Streit zwischen den „zwei Spanien“ hinter sich gelassen und sich gleichberechtigt in die Kulturgemeinschaft der iberoamerikanischen Nationen integriert.

(10) Meine letzte allgemeine These bezog sich auf die Beziehung zwischen Kulturarbeit und finanziellen Mitteln. Unbeschadet der Tatsache, dass man heute zunehmend auf Medien zurückgreifen kann, die die moderne elektronische und digitale Technik bietet, wird meines Erachtens auch weiterhin das Buch das kostengünstigste und geeignetste Instrument der Förderung der kulturellen Beziehungen im sozial- und geisteswissenschaftlichen Bereich bleiben. „Buch“ heißt hier selbstverständlich nicht nur das Buch in deutscher Sprache für die Bibliotheken von Kulturzentren und Universitätsinstituten, sondern auch die Übersetzung deutschsprachiger Autoren ins Spanische. Und weil ich es für äußerst wichtig halte, wiederhole ich es noch einmal: Die Auswahl der zu übersetzenden Werke sollte nicht dem kommerziellen Interesse spanischer oder lateinamerikanischer Verlage überlassen bleiben, die verständlicherweise in erster Linie am Erlös interessiert sind, den ihnen die Herausgabe eines bekannten, leicht verkäuflichen Autors verspricht. Die Aufgabe der Auswahl muss hauptsächlich von den Autoritäten und Organisationen geleistet werden, die mit der Kulturförderung betraut sind. Die damit verbundene unmittelbare Informationsaufgabe liegt bei den mit der internationalen Kulturpolitik betrauten staatlichen Stellen. Schließlich haben wir es hier mit einem Gegenstand der Art zu tun, den die Ökonomen ein „öffentliches Gut“ nennen – ein Gut also, dessen ausreichende Bereitstellung privates Gewinnstreben nicht gewährleisten kann.

6. Abschließende Bemerkungen

Ich komme damit zum Ende meiner Anmerkungen zum alten Thema der internationalen Kulturbeziehungen. Nichts von dem, was ich gesagt habe, ist neu – meine Absicht war es nicht, originell zu sein. Ich hoffe aber, mit meinen thesenartig zusammengefassten Überlegungen zur Reflexion und Diskussion anzuregen. Daher ganz zum Schluss die

komprimierten Ratschläge eines alten argentinisch-deutschen Professors und leidenschaftlichen Kulturvermittlers:

1. Miss die Wirksamkeit eines Projekts nicht an der Messlatte billigen Applauses!
2. Vergiss nicht, dass nationale Kulturen nur von relativem Wert sind!
3. Irre dich nicht bei der Auswahl der Adressaten!
4. Spanne nicht den Wagen vor das Pferd!

Und vor allem:

5. *Beware of Penelope!*

Bibliografie

Alexy, Robert (1997): „Carlos Santiago Ninos Begründung der Menschenrechte“. In: Ziemske, Burkhardt/ Langheid, Theo/ Wilms, Heinrich/ Haverkate, Görg (Hrsg.): *Festschrift für Martin Kriele*. München: C. H. Beck, S. 187–217.

Ambos, Kai (1989): *Terrorismo y ley. Análisis comparativo: República Federal Alemana, Gran Bretaña, Perú y Colombia*. Lima: Comisión Andina de Juristas.

Ambos, Kai (1997): *Impunidad y Derecho Penal Internacional*. Bogotá: CIEDLA.

Baedecker, Stephan (1984a): *Entwicklung und Stand der Freiheitsstrafe in Costa Rica – Ein Beitrag zur Unterentwicklung und Entwicklung des Rechts in Lateinamerika*. Pfaffenweiler: Centaurus.

Baedecker, Stephan (1984b): „Die Freiheitsstrafe und ihre Surrogate in Costa Rica, mit Ausblicken auf die Gesetzgebung der zentralamerikanischen Nachbarländer Panama, Nicaragua, El Salvador, Honduras und Guatemala“. In: Jescheck, Hans-Heinrich (Hrsg.): *Die Freiheitsstrafe und ihre Surrogate im deutschen und ausländischen Recht*. Baden-Baden, S. 1103–1120.

Brandt, Hans-Jürgen (1986): *Justicia Popular*. Lima: Fundación Friedrich Naumann.

Bulygin, Eugenio/Garzón Valdés, Ernesto (Hrsg.) (1987): *Argentini-sche Rechtstheorie und Rechtsphilosophie heute*. Berlin: Duncker & Humblot.

Dotti, Jorge Eugenio (2000): *Carl Schmitt en Argentina*. Buenos Aires: Homo Sapiens.

Dussel, Enrique (1998): *Ética de la liberación en la edad de la globalización y de la exclusión*. Madrid/Mexico-City: Trotta, Universidad Autónoma Metropolitana-Iztapalapa und Universidad Nacional Autónoma de México.

Evers, Tilman (1968): „Die „Gesetzesdekrete“ argentinischer Revolutionsregierungen“. In: *Verfassung und Recht in Übersee*, S. 333–354.

Evers, Tilman (1972): *Militärregierung in Argentinien – Das politische System der „Argentinischen Revolution“*. Hamburg: Institut für Auswärtige Politik.

Garzón Valdés, Ernesto (Hrsg.) (1965): *Lateinamerikanische Studien zur Rechtsphilosophie*. ARSP Beiheft 41, Wiesbaden: Luchterhand.

Gessner, Volkmar (1976): *Recht und Konflikt*. Tübingen: J. C. B. Mohr (Paul Siebeck).

Heinz, Wolfgang (1989): „Kolumbien: Menschenrechte und Justiz unter der Regierung Barco“. In: *Lateinamerika: Analysen, Daten, Dokumentation* 11/12, S. 7–18.

Hoerster, Norbert (1977): Bibliographische Anmerkung zu *Wahlfach-Examinatorium*, hrsg. Reinhard Maurach und Ethel Behrendt, Karlsruhe 1976. In: *Juristenzeitung* 1/12, S. 415–416.

Horn, Hans-Rudolf (1989): „Politische und soziale Grundrechte in Lateinamerika“. In: Horn, Hans-Rudolf/ Weber, Albrecht (Hrsg.): *Rich-*

terliche Verfassungskontrolle in Lateinamerika, Spanien und Portugal. Baden-Baden: Nomos, S. 105–128.

Huhle, Rainer (1989): „Menschenrechtsverletzungen in Peru“. In: *Lateinamerika: Analysen, Daten, Dokumentation* 11/12, S. 19–31.

Hünemann, Peter/ Eckholt, Margit (Hrsg.) (1989): *Katholische Soziallehre – Wirtschaft – Demokratie. Ein lateinamerikanisch-deutsches Dialogprogramm.* Mainz: Mathias Grünewald.

Janetzke, Gisela (2001): „Alexander von Humboldt, die Stiftung und ihre Wissenschaftsbeziehungen mit Lateinamerika“. In: Maihold, Günther (Hrsg.): *Ein „freudiges Geben und Nehmen“?* Frankfurt a.M.: Vervuert, S. 33–41.

Jaspers, Karl (1963): „Die Wissenschaft im Hitlerstaat“. In: ders.: *Lebensfragen der deutschen Politik.* München: dtv, S. 121–125.

Kokott, Juliane (1984): „Der Interamerikanische Gerichtshof für Menschenrechte und seine bisherige Praxis“. In: *Zeitschrift für Ausländisches Öffentliches Recht und Völkerrecht* 44, S. 806–821.

Kokott, Juliane (1987): „Völkerrechtliche Beurteilung des argentinischen Gesetzes Nr. 23.521 über die Gehorsamspflicht“. In: *Zeitschrift für Ausländisches Öffentliches Recht und Völkerrecht* 47, S. 506–520.

Krawietz, Werner (1988): „Deutsche Juristen im Dialog mit der Ibero-Amerikanischen Rechtswelt“. In: *Rechtstheorie* 19, S. 541–547.

Leonard, Irving A. (1996): *Los libros del conquistador.* Mexico-City: Fondo de Cultura Económica.

Lüffe, Christian (2001): „Überlegungen zur Arbeit der Goethe-Institute in Lateinamerika“. In: Maihold, Günther (Hrsg.): *Ein „freudiges Geben und Nehmen“?* Frankfurt a.M.: Vervuert, S. 65–70.

Malsen-Tilborch, Gabriele von (2001): „Zum Stand der Auswärtigen Kulturbeziehungen zwischen Deutschland und Lateinamerika“. In:

Maihold, Günther (Hrsg.): *Ein „freudiges Geben und Nehmen“?*, Frankfurt a.M.: Vervuert, S. 13–19.

Marré, Franz B. (1989): „Rechtsnatur der Gesetzgebungsakte von De-facto-Regimes: Ein Urteil des Obersten Gerichtshofes Uruguays“. In: *Verfassung und Recht in Übersee* 1, S. 23ff.

Michels, Eckard (2001): „Weltsprache Deutsch“. In: *Die Zeit* vom 9. August 2001, S. 33.

Nelle, Dietrich (1988): *Entstehung und Ausstrahlungswirkung des chilenischen Zivilgesetzbuches von Andrés Bello*. Neuwied/ Frankfurt a.M.: Alfred Metzner.

Nolte, Detlef (1989): „Menschenrechte und politischer Wandel in Chile“. In: *Lateinamerika: Analysen, Daten, Dokumentation* 11/12, S. 33–45.

Olivé, León/Salmerón, Fernando (Hrsg.) (1989): *Philosophie und Rechts-theorie in Mexiko*. Berlin: Duncker & Humblot.

Pietschmann, Horst (1980): *Lateinamerika – Die staatliche Organisation des kolonialen Iberoamerika*. Stuttgart: Klett-Cotta.

Prien, Hans-Jürgen (1978): *Die Geschichte des Christentums in Lateinamerika*, Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht.

Prien, Hans-Jürgen (Hrsg.) (1981): *Lateinamerika: Gesellschaft – Kirche – Theologie*, 2 Bde., Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht.

Rahner, Karl/ Modehn, Christian/ Zwiefelhofer, Hans (Hrsg.) (1977): *Befreiende Theologie*. Stuttgart: W. Kohlhammer.

Rohr, Hans Christoph von (1969): *Der argentinische Amparo-Prozeß unter Berücksichtigung ähnlicher Verfahrensarten in Brasilien, Mexiko und Peru*. Bonn: Ludwig Röhrscheid.

Samtleben, Jürgen (1979): *Internationales Privatrecht in Lateinamerika*. Tübingen: J. C. B. Mohr (Paul Siebeck).

Savater, Fernando (1996): „Angeles decapitados. La desertización cultural bajo el franquismo“. In: *Claves de Razón Práctica* 59 (Madrid), S. 8–13.

Senghaas, Dieter (Hrsg.) (1974): *Peripherer Kapitalismus. Analysen über Abhängigkeit und Unterentwicklung*. Frankfurt a.M.: Suhrkamp.

Senghaas, Dieter (Hrsg.) (1976): *Imperialismus und strukturelle Gewalt. Analysen über abhängige Reproduktion*. Frankfurt a.M.: Suhrkamp.

Spoerr, Wolfgang (1969): „Richterliche Legalisierung von Staatsstreichregierungen: Das Beispiel Argentinien“. In: *Verfassung und Recht in Übersee* 1, S. 3–22.

Thun, Konstatin (1989): „Das ‚Verschwindenlassen‘ von Menschen vor dem Interamerikanischen Gerichtshof für Menschenrechte“. In: *Lateinamerika: Analysen, Daten, Dokumentation* 11/12, S. 59–64.

Villoro, Juan (2001): *Efectos personales*. Barcelona: Anagrama.

Waldmann, Peter (2002): *Der anomische Staat. Über Recht, öffentliche Sicherheit und Alltag in Lateinamerika*. Opladen: Leske + Budrich.

Werz, Nikolaus (1991): *Das neuere politische und sozialwissenschaftliche Denken in Lateinamerika*. Freiburg i. Br.: Arnold-Bergstraesser-Institut.